

Politik / II/88
=====

1. November 1947

Schumacher und Heine in U.S.A. =====

Von Friedrich Stampfer, New York

Nach einem Aufenthalt von mehr als fünf Wochen haben Kurt Schumacher und Fritz Heine die Vereinigten Staaten wieder verlassen. Ihr für eine so kurze Zeit fast zu reichhaltiges Programm hat sie über New York nach San Francisco, über Chicago nach Washington und wieder zurück nach New York geführt. Jeder Tag war mit Versammlungen und Konferenzen überladen; selbst die Reisetage waren zum Teil mit Besprechungen im fahrenden Zug ausgefüllt.

Der Initiative der American Federation of Labor ist es zu danken, dass ein führender deutscher Politiker wie Kurt Schumacher zweieinhalb Jahre nach Beendigung des Krieges als geladener Gast einer mächtigen Arbeiterorganisation amerikanischen Boden betreten konnte. Durch diese Einladung und ihre Annahme ist die freundschaftliche Verbindung zwischen der amerikanischen und der deutschen Arbeiterbewegung, die ja auch während der Hitler- und Kriegszeit bestanden hat, aufs neue unterstrichen und bekräftigt worden. Man muss diese Tatsache umso höher schätzen, als die American Federation of Labor bekanntlich im eigenen Lande streng auf parteipolitische Neutralität hält.

Diese Neutralität hat sie nicht gehindert, dem Sozialdemokraten Kurt Schumacher auf ihrem Jahreskongress in San Francisco einen begeisterten Empfang zu bereiten und seine Rede - die nicht frei von Kritik an der amerikanischen Regierungspolitik war - mit stürmischem Beifall aufzunehmen. Der Beifall erneute sich, als der Präsident der Am. Fed. of Labor, William Green, die Erklärung abgab, dass sich die Federation ganz auf den Boden des von Dr. Schumacher entwickelten Programms einer europäischen Politik stelle. Dies war umso bemerkenswerter, als Schumachers Kritik ihre Spitze ganz besonders gegen die Demontagen richtete, die er in seiner Rede einen Schlag gegen den Marshall-Plan genannt hatte. Die Opposition gegen die Demontierungspolitik, die bereits im Senat einen nicht unbeträchtlichen Anhang hat, wird also durch die amerikanischen Gewerkschaften eine wesentliche Verstärkung erhalten. Soweit es sich um die Festigung der Beziehungen zwischen der amerikanischen und der deutschen Arbeiterbewegung handelt, schliesst die Reise mit einem zweifellosen Gewinn.

In Washington hatten die beiden Gäste Besprechungen mit Mitgliedern der Regierung, die naturgemäß vertraulich waren. Sie dienten der gegenseitigen Information und wurden von beiden Seiten mit voller Aufrichtigkeit geführt. Es war das erstmal nach dem Kriege, dass zwischen Vertretern des deutschen Volkes und Mitgliedern des Kabinetts in der Hauptstadt selbst ein persönlicher Kontakt hergestellt wurde. Von einer "vollen Übereinstimmung" wird man schon deshalb nicht sprechen dürfen; weil die amerikanische Politik noch von der Kriegszeit her mit allerlei Vorstellungen und Abmachungen belastet ist, von denen sie sich nicht mit einem plötzlichen Ruck frei machen kann. Mancher Irrtum ist in der Zwischenzeit schon berichtigt worden und man darf zuversichtlich hoffen, dass die jüngsten Besprechungen in derselben Richtung weiter wirken werden. Gelegentliche Besuche und Besprechungen können freilich nicht die ständig geregelte Fühlungnahme ersetzen, wie sie zwischen souveränen Staaten in Friedenszeiten auf diplomatischem Wege erfolgt.

Vereinigungen aller Art häuften sich in den letzten Tagen in New York. Auf einem Frühstück, hier Luncheon genannt, das zu Ehren der reichsdeutschen Gäste veranstaltet wurde, sprach neben dem alten Führer der Sozialistischen Partei, Norman Thomas, und dem berühmten Theologen Reinhold Niebuhr der frühere Unterstaatssekretär der Roosevelt-Regierung, Adolph A. Berle. Eine Reihe wohlthätiger Gesellschaften, unter ihnen die New Yorker Filiale der Arbeiterwohlfahrt, hatte Fritz Heine gebeten, über den Wiederaufbau der deutschen Arbeiterbewegung zu sprechen; einige Hundert Personen folgten seinem Vortrag mit gespannter Aufmerksamkeit. Ganz den New Yorker Sozialdemokraten gehörte ein Empfang am Sonntagmittag in der historischen "Rand School", der alten Sitz der Organisation. Es war ein dramatischer Höhepunkt, als der bald Sechzigjährige Abraham Cohen, Chefredakteur des von ihm vor vierzig Jahren gegründeten "Jewish Daily Forward", Schumacher die Hand reichte und sagte, dieser Augenblick, in dem er den Vertreter der wiedererstandenen deutschen Sozialdemokratie begrüßen könne, sei einer der glücklichsten seines Lebens. Ein jugendlicher Vertreter der mit der Social Democratic Federation konkurrierenden Socialist Party benützte die Gelegenheit, die Vereinigung der beiden Gruppen zu fördern; er sprach die Hoffnung aus, dass dem Besuch Schumachers eine Wiederbelebung der sozialistischen Bewegung in Amerika und ihr neuer Aufstieg ausgehen werde. Schumachers Erscheinen auf der Rednertribüne wurde mit Erheben von den Sitzen und dem Gesang der Internationale begrüßt. Ersender Beifall folgte seiner Rede. Die ganze Atmosphäre erinnerte an jene vergangene Zeit, in der die deutsche Sozialdemokratie das gefeierte Vorbild der gleichgerichteten jungen Bewegungen in der ganzen Welt war.

Der letzte Abend vor der Abreise gehörte dem Leserkreis der New Yorker "Neuen Volkszeitung", der mit anderthalbtausend Mann einen stattlichen Saal füllte. Mit Recht konnte Schumacher sagen, dass er sich hier beinahe schon wieder auf deutschem Boden fühle. Die deutsche Arbeiterbewegung und die deutsche Arbeiterpresse in den Vereinigten Staaten blickten auf eine hundertjährige Geschichte zurück. In ihr spielt die "Volkszeitung", eine Tageszeitung, jetzt als Wochenblatt die "Neue"

genannt, eine nicht geringe Rolle. Namentlich in den letzten Jahren der Hitlerzeit und des zweiten Weltkrieges hat sie sich als Sprachrohr der deutschen Sozialdemokratie und des "anderen" von Hitler unterdrückten Deutschland über die Vereinigten Staaten hinaus einen guten Namen erworben. Zu ihren Lesern zählen heute nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Deutschamerikaner bürgerlicher Gesinnung, deren Sympathie sich durch ihr Eintreten für die Menschenrechte des deutschen Volkes erworben hat. Sie stellten zu der Schumacher-Versammlung ein nicht geringes Kontingent und vereinigten sich mit den Sozialdemokraten in stürmischen Ovationen für den Redner. So darf man hoffen, dass dieser politische Besuch über den leider ziemlich engen Kreis der hiesigen Sozialdemokraten hinaus seine Wirkung auf die schwer aufzurüttelnde Masse des Deutschamerikanertums haben wird. Es ist oft schon bemerkt worden, dass die Amerikaner deutscher Herkunft, was politischen Sinn und Gefühl der Zusammengehörigkeit betrifft; hinter allen anderen Gruppen weit zurückstehen, den Italienern, den Polen usw., gar nicht zu reden von den amerikanischen Juden, die mit ihren Opfern für ihre gemeinsame Sache unerreicht dastehen. Die deutschen Sozialdemokraten in diesem Lande - und darauf beruht auch die Bedeutung der "Neuen Volkszeitung" - sind die einzige Gruppe, die für eine Amerika und Deutschland verbindende demokratische Politik den Weg gezeigt hat. Der Besuch aus Deutschland war für sie ein grosses Ereignis und hat ihre Stellung im Deutschamerikanertum wesentlich gestärkt.

"Wir müssen Amerika verstehen - aber auch Amerika muss uns verstehen lernen", sagte Schumacher bei Gelegenheit einer Pressekonferenz zu den zahlreich versammelten Journalisten. Dass dieses Verstehenlernen nicht ganz leicht ist, zeigt die Zurückhaltung, die die hiesige Presse in ihren Veröffentlichungen über den Besuch geübt hat - eine Zurückhaltung, die in starkem Gegensatz steht zu dem starken persönlichen Interesse, das die Journalisten an ihm gezeigt haben. Noch immer fürchtet die New Yorker Presse Widerstand aus ihren Leserkreisen, wenn sie sich mit deutschen Dingen in einer Verständnis zeigenden Weise beschäftigt. Und die hiesige Presse ist nun einmal eine Geschäftspressen; sie will dem Kunden nur die Ware bieten, von der sie weiss, dass sie ihm gefällt. Wer im amerikanischen Volke um Verständnis für die Probleme und Nöte Deutschlands wagt, leistet noch immer harte Pionierarbeit, und nicht nur die Sozialdemokratische Partei, sondern das deutsche Volk insgesamt sollte den beiden Amerikafahrern Dank dafür wissen, dass sie sich dieser Arbeit unterzogen haben.

Sozialistenkongress in Antwerpen

Am 28. November findet in Antwerpen der Internationale Sozialistenkongress statt. Es wird erneut die Zulassung Deutschlands erörtert. Gegen seine Aufnahme haben sich bisher die sozialistischen Parteien Osteuropas und Italiens geäussert; für die Zulassung sind die westeuropäischen Staaten; vor allem Belgien befürwortet die Aufnahme wärmstens. (b/B65/3010/1/he)

Wahlen in der Schweiz

Von Oswald Zienau

Der folgende Beitrag ist vor den Wahlen geschrieben worden. Seine grundsätzliche Bedeutung wird davon nicht berührt. Die Redaktion

Zürich, Ende Oktober

Es ist in der Tat mehr als Literatur, wenn der Schweizer sein Staatswesen als eine gewachsene und erdhaft verwurzelte Demokratie ansieht. Dieses schweizerische Axiom schliesst nicht aus, dass diese Demokratie durch Jahrhunderte hindurch die Herrschaft mächtiger und eigensüchtiger Patriziergeschlechter darstellte, und der "Herrenstandpunkt" und die "Herrenmacht", wenn auch in zeitgemässen Formen, immer noch wirksam sind und, wo nur möglich, ausschlaggebend zu sein versuchen. Es sind die Entwicklungsbesonderheiten des Kleinstates mit ihren erwiesenen Beziehungen von räumlicher Enge und geistig-politischem Beharrungsvermögen, die die Demokratie und ihre gesellschaftlichen wie sozialen Beziehungsgruppen selbst über grosse Zeitspannen nur langsam gegen- oder zueinander einem Wandel unterwerfen und schliesslich wie von selbst auswechseln und so "radikale Lösungen" sozialer und politischer Art ausschliessen.

Wird in das Bundesparlament, den Nationalrat, alle vier Jahre gewählt, so stellen häufige kantonale und Gemeindeabstimmungen wie das gelegentliche Obligatorische (Abänderungen der Bundesverfassung) oder Fakultative Referendum (zu Bundesgesetzen auf Verlangen von 30.000 Stimmbürgern oder acht Kantonen) beträchtliche Anforderungen an die Stimmberechtigten. Seit 1919 wird in den Nationalrat nach dem Proporzsystem gewählt, doch nicht auf der Basis "gebundener Listen"; Streichungen und Mischungen aus verschiedenen Listen sind gestattet, auch Kumulierungen; eine Berücksichtigung der Reststimmen gibt es nicht, auch ist das Frauenwahlrecht (zuletzt noch in einem diesjährigen Volksbegehren) bis jetzt stets verboten worden. Selbstverständlich, dass der häufige Wahlgang oft nur sehr geringe Abstimmungsbeteiligung zur Folge hat und eine Wählerbeteiligung von 70 bis 80 Prozent als bemerkenswert angesehen wird. Dass die Nationalratswahlen immer noch, wenn auch mit zuletzt rückläufiger Tendenz, eine befriedigende Beteiligung haben, dafür sind die Nationalratswahlen von 1919 und 1943 Beweis: erste sahen 80,4 der Wahlberechtigten an der Urne, die letzten jedoch nur noch 70 Prozent. Dass aber die Stimmfaulheit bei politisch bedeutungsvollen bzw. folgenreichen Wahlen in den Bürgerkreisen eine geringere ist und verhängnisvoller unter der Arbeiterschaft ungeht, haben Untersuchungen über die Nichtwähler und ihre soziale Herkunft zu den Nationalratswahlen 1943 im Kanton Zürich, die als allgemeingültig bewertet werden, eindeutig gemacht.

Sehen wir von den durchaus gewichtigen politischen Aufgaben der gewählten und zukünftigen Bundesversammlung ab, so war es der Hinzutritt der (kommunistischen) "Partei der Arbeit", der diesen Wahlen ein verändertes Gesicht und besondere politische Bedeutung gab.

Die Nationalratswahlen von 1919 sahen noch eine einheitliche Sozialdemokratie, die 23,5 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Nach den Freisinnigen mit 28,8 Prozent Stimmen war sie an die zweite Stelle vorgeückt mit den Konservativen (21,0 Prozent) und der Bauern- und Bürger-Partei (15,3 Prozent) hinter sich. Im Jahre 1943 marschierten zwar auch nur diese Hauptparteien mit einem noch guten halben Dutzend üblicher Klein- und Splitterparteien zu den Nationalratswahlen auf (28,6 Prozent sozialdemokratischen Stimmen, 22,5 für den Freisinn, 20,8 für die Konservativen und Bauern-Bürger unverändert), doch waren die Kommunisten nun schon vorhanden und nur eine durch Kriegsvollmachtenbeschlüsse des Bundesrates verbotene Partei. Mit der Aufhebung der die Bürgerrechte und -freiheiten einschränkenden bundesrätlichen Vollmachtenbeschlüsse sofort nach Kriegsende sind die linken Sozialisten und Kommunisten als "Partei der Arbeit" auf den Plan getreten; ihre verhältnismässige Stärke liegt in der französischsprachigen Westschweiz - ihr Präsident ist der frühere Genfer Grossrat Léon Nicole - und in Basel.

In der deutschsprachigen Schweiz sind es eine schöne Reihe von Finanz- und Betrugs-skandalen, die diese "Partei der Arbeit" zu einem üblen Gegenstande des öffentlichen Interesses machten. Kaum, dass es um die eine Affäre still geworden ist, kommt eine neue und dazu weit massivere Sache aufs Tapet, so dass nun schon der Volksmund von der "Partei der Affären" spricht. Doch mag dahingestellt sein, ob und in welchem Ausmasse diese Skandalgeschichten der "PdA" Einfluss gehabt haben auf die Stimmzahl dieser Partei. Die noch kräftige Hochkonjunktur der schweizerischen Volkswirtschaft mit ihrer Vollbeschäftigung in Industrie und Gewerbe bei entweder guten oder sogar hohen Konjunkturlöhnen ist es vor allem, die die "PdA" auf die Stimmen einer dünnen grundsätzlich linksradikalen Arbeiterschicht beschränkt. Dass darüber hinaus und vor allem für die radikale Intelligenz - die an sich jedoch öffentlich nicht wahrzunehmen ist - die Vorgänge und Verhältnisse in den Gebieten und Ländern unter Sowjet-Einfluss nur abschreckend gewirkt haben, kommt womöglich noch hinzu. Jedenfalls so oder so gibt es keine Antriebskraft, die den schweizer Industriearbeiter und Intelligenzbürger zu einer kommunistischen Stimmabgabe bewegen könnte. Auf diese Art konnte die erst allige Beteiligung der "Partei der Arbeit" an diesen Nationalratswahlen 1947 auch keine grundlegenden Veränderungen im politischen Kräftefeld der zukünftigen Bundesversammlung herbeiführen. (b/111/1/he)

Taten statt Phrasen

Sudetendeutsche aus Oesterreich nach Schweden
Von Rudolf Hübner, Stockholm

Schweden leidet unter Arbeitermangel. Die Versuche, Arbeiter aus Italien und Ungarn für Schweden zu verpflichten, sind kaum Dauerlösungen. Die bisherigen guten Erfahrungen mit Sudetendeutschen haben das Interesse der schwedischen Regierung auf die heimatlos gewordenen Sudetendeutschen gelenkt. Leider scheiterten die Bemühungen um eine Auswanderung von Sudetendeutschen aus Deutschland an den Bestimmungen der Besatzungsmächte, die bekanntlich nur Ausreisewünschen von Politisch Verfolgten, die nicht deutsche Soldaten waren, in Erwägung zieht.

In Österreich gelten die Sudetendeutschen als "displaced persons". Nach langwierigen Vorverhandlungen kam Anfang Oktober 1947 ein Übereinkommen der schwedischen Arbeitermarktkommission mit den britischen und amerikanischen Behörden in Österreich über die Auswanderung von einigen tausend Sudetendeutschen aus Österreich nach Schweden zustande. Eine Umfrage in der schwedischen Wirtschaft hat einen Bedarf an etwa 5.000 sudetendeutschen Arbeitern ergeben. Mit den Familienangehörigen zusammen dürfte es sich daher um eine erhebliche Anzahl Menschen handeln, denen in einem friedlichen demokratischen Lande eine neue Heimat erschlossen wird.

Die Aktion ist von schwedischer Seite gewissenhaft vorbereitet worden. Zwei Rekrutierungskommissionen haben sich bereits nach Wien und Linz begeben. Als politische Berater gehören diesen Kommissionen die Repräsentanten der Freigemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten in Schweden, die Genossen Ernst Paul und Karl Kern, an. Die Auswanderer sollen in Sammellagern in Wien und Linz zusammengefasst und dann in Güterzügen nach dem Norden befördert werden. In Schweden ist ein Übernahmelaager in Ronneby (Südschweden) vorgesehen. Die ersten Transporte sollen noch vor dem Winter in Schweden einlangen. Den sudetendeutschen Einwanderern werden in Schweden die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wie schwedischen Arbeitern geboten. Sie werden verpflichtet, den schwedischen Gewerkschaften beizutreten.

In einer Welt, deren politische Leistungen sich in der Entwurzelung von Millionen Menschen und in anderen negativen Erscheinungen austöken, wirkt diese Initiative der schwedischen sozialdemokratischen Regierung befreiend. Sie verbindet in glücklicher Weise die Deckung eines wirtschaftlichen Bedarfes mit einer gewissenhaften sozialen Hilfeleistung und erfüllt dadurch eine wahre Friedensmission. Wird das schwedische Beispiel Schule machen? (b/111/1/10)

Parteitag SP - Schweden

W. (Eigenbericht) - Offenburg i. B. Über 400 Delegierte hatten sich hier zu zweitägigen Beratungen zum Parteitag der SP-Schweden - in der französischen Zone muss das "D" in "SPD" wegb bleiben! - zusammengefunden. Eine umfangreiche Tagesordnung war zu erledigen. Der Parteitag war getragen von dem Stolz über den in der bei den Landtagswahlen errungenen grossen Erfolg. Die üblichen Tätigkeitsberichte des Landesvorstandes, der Landtagsfraktion und der Regierungsmitglieder wurden mit Befriedigung und Anerkennung ohne wesentliche Kritik entgegengenommen. Im Mittelpunkt der Tagung stand eine dreistündige Rede von Staatsrat Prof. Dr. Carlo Schmid-Tübingen über "Die Sozialdemokratie in Gegenwart und Zukunft". Der Redner besprach eingehend all die Probleme, die innen- wie aussenpolitisch im Brennpunkt des Interesses stehen. Seine Feststellungen, dass es Aufgabe der Partei sei, dafür zu sorgen, dass die politischen Kräfte in Deutschland ihre Aufgabe in richtigem Sinne begreifen, dass der Marshallplan die Verhältnisse auf die Dauer nur zum Guten wenden könne, wenn er sozialistisch durchgeführt werde, dass die Partei keineswegs auf die Sozialisierung verzichte, dass die bürgerlichen Parteien nur Paläde des Restkapitalismus seien, fanden einmütige Zustimmung des Parteitages. Entschieden betont wurde, dass die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit des Landes unbedingte Notwendigkeit sei. (b/111/1/10)

Verantwortlich: Peter R a u n a u